

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 02/52. Jahrgang

Februar 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Ein Hoch auf die Planwirtschaft

Mehr als 50.000 Menschen sind in Deutschland inzwischen an Covid 19 gestorben. Allein vom 16.12. bis 19.01. starben trotz des „Lock-downs“ 25.000 Menschen, etwa so viel wie im Land des Corona-Leugners Trump.

Denn bei allen Ausgangssperren und Kontaktbeschränkungen blieb ein wichtiger *Hotspot* außen vor: Die Betriebe, deren Produktion, kostete es was es wolle, weiterliefen - für den Profit. Und weil dort die Arbeiter gebraucht wurden, mussten folgerichtig auch Kitas und Schulen offen bleiben. **Wenn es um das Wohl der Kinder ginge, hätten wir nicht diese Misere im Bildungswesen!**

Andere Länder, in denen nicht die Konzernherren die Politik bestimmen und in denen nicht

die Profitrate das Maß aller Dinge ist, haben die Pandemie sehr viel besser in den Griff bekommen, allen voran China. Hier wurde im jeweiligen Bereich sofort alles nicht zwingend Notwendige geschlossen, einschließlich der Produktionsstätten - bei Fortzahlung der Löhne. Mit diesen und weiteren Maßnahmen, wie einer Maskenpflicht und sofortigen Massentests, blieb die Todesrate mit 4.512 bis Mitte Januar verschwindend gering. Der Einwand, dazu sei nur ein „totalitärer Staat“ fähig, in dem die Menschenrechte nichts zählen, verfängt nicht. Denn das Wichtigste ist zuallererst das Recht auf Leben - ohne einkalkulierte „Kollateraltote“ zugunsten der Wirtschaft.

Fortsetzung Seite 3

Was die Regierung fordert:
Tragt Masken, zahlt dafür.

20 FFP2 Masken = 69,02€
1 FFP2 Maske = 3,49€

Was die DKP fordert:
**Wir tragen Masken.
Die Regierung muss
die Masken bezahlen.**

Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen. Die Reichen sollen zahlen!

DKP

DKP fordert Hilfsmaßnahmen für finanzschwache Menschen

Die DKP fordert, dass unter anderem die Stadt Gießen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen in der Corona-Pandemie unterstützen muss. Beim Einkaufen sowie in Bussen und Bahnen sind FFP2-Masken zwar ein wirkungsvoller Schutz vor einer COVID19-Infektion, doch können sich Geringverdiener und Menschen in Hartz-IV-Bezug diese finanziell nicht leisten. Hier muss die Stadt handeln und eben diese Menschen mit kostenlosen Masken versorgen. Außerdem müssen den Menschen, die nicht selbstständig das Corona-Impfzentrum aufsuchen können,

kostenfreie Taxi-Fahrten zum Impfzentrum ermöglicht werden.

Desweiteren fordern wir Regelungen, die gewährleisten, dass diese Zulagen nicht auf den Regelsatz angerechnet werden. Zudem sollen Sozialleistungen in der Corona-Zeit ohne Einzelfallprüfung automatisch verlängert werden. Auch Sanktionen durch das Arbeitsamt und das Jobcenter gehören in der gesamten Dauer der Corona-Pandemie eingestellt. Abschließend fordern wir, dass Mieterhöhungen, Zwangsräumungen und Stromsperren ebenfalls in dieser Zeit zu verbieten sind. Martina Lennartz

Inhalt

Gießener Linke - Kommunalwahl 2021	S. 2
Dank an Redakteurin / ZeroCovid	S. 3
Home-Office / Autobahn-Abseilaktion	S. 4
Staatsstreich / Befreiung der Frau	S. 5
Fahrradstraßen / Tarifflicht	S. 6
Wohnbau / Kliniken	S. 7
Termine / Echo-Rätsel / Aus 50 Jahren Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Gießener Linke - Kommunalwahl 2021

100% sozial - auch nach der Kommunalwahl



Gießen ist eine Stadt, die kontinuierlich wächst. Gleichzeitig ist die soziale Struktur der Stadt von einem enormen Gefälle geprägt.

Während jedes vierte Kind hier in Armut aufwachsen muss, leben im Regierungsbezirk Gießen die reichsten Millionäre Hessens.

Die aktuelle Stadtregierung hat es nicht vermocht, die zentralen Probleme unserer Stadt zu lösen. Eine Verkehrswende, die ihren Namen verdient - Fehlanzeige. Ein sozialer Wohnungsbau, der dem tatsächlichen Bedarf ent-

spricht - Fehlanzeige. Ein effektiver Klimaschutz, Stichwort "Klimaneutrales Gießen 2035" - Fehlanzeige. Kurzum, die Herausforderungen sind enorm und sie dürfen nicht zum Nachteil derjenigen bewältigt werden, die bereits jetzt ökonomisch abgehängt sind.

Das bedeutet konkret: Die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum mit einer Sozialbindung von mindestens 30%. Der Verkauf von städtischen Grundstücken zum Wohnungsbau soll zukünftig die Ausnahme sein. In der Regel sollen städtische Grundstücke nach dem Erbbaurecht vergeben werden. Die Mietexplosion in Gießen muss beendet werden. Es braucht

einen Mietendeckel für Gießen. Der Einstieg in den Nahverkehr zum Nulltarif ist unvermeidlich, der Ausbau von Radwegen unerlässlich und der weitere Ausbau von Parkhäusern zu unterlassen. Auch die Idee einer Regio Tram muss ernsthaft geprüft werden.

Diese zentralen Bereiche müssen mutig angegangen werden, wenn Gießen für die Mehrheit lebenswert sein soll. Die Voraussetzung dafür: Die Ablösung der aktuellen Stadtregierung.

Ali Al-Dailami

Platz 1 Liste 7 - Gießener Linke
Stadt Gießen
kandidiert für Die Linke

Für eine sozial-ökologische Wende im Landkreis



Mit unserem erneuten Antreten als Gießener LINKE wollen wir an die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre anknüpfen.

Die gegenwärtige Pandemie hat uns wie in einem Zeitraffer einen Eindruck von dem vermittelt, was uns in den kommenden Jahren und Jahrzehnten als Folge der Klimaerwärmung ereilen kann. Lock- und Shutdowns, gravierende Grundrechtseinschränkungen und

überlastete Krankenhäuser können auch durch dauerhafte Hitze und Wassermangel ausgelöst werden.

Aus dieser Sicht muss sich auch die Kommunalpolitik daran ausrichten, das verbleibende schmale Zeitfenster zu nutzen. In der Verkehrspolitik hat der Landkreis die wirksamsten Möglichkeiten dafür. Gerade einmal 350 Meter neue Fahrradwege in den vergangenen zehn Jahren und Verbesserungen im ÖPNV, die erst in Jahren umgesetzt werden sollen, sind ein Armutszeugnis für die bestehende Koalition aus SPD, Grünen und FW.

Mit einem "Weiter so!" wird sich nichts ändern.

Wir brauchen einen flächendeckenden ÖPNV, der alle Ortsteile erreicht (von 5 Uhr morgens bis 24 Uhr abends) zum Nulltarif, der die verschiedenen Verkehrsmittel einbindet und verbindet, also netzförmig organisiert ist und nicht wie heute alle Wege nach Gießen führt. Dazu gehört ebenso der umfassende Ausbau des Radwegenetzes.

Reinhard Hamel

Platz 1 Liste 7 - Gießener Linke
Kreis Gießen
kandidiert für Linkes Bündnis

Jetzt
für die DKP zur
Bundestagswahl
unterschreiben



DKP



Martina Lennartz
Platz 5 Liste 7 -
Gießener Linke
Stadt Gießen,
kandidiert für
DKP Gießen.

Schwerpunkte:

Schule, Bildung, Kinder, Soziales
und Natur



Helmut Appel,
Platz 9 Liste 7 -
Gießener Linke
Stadt Gießen,
kandidiert für
Linkes Bündnis,
Mitglied der DKP
Gießen.

Schwerpunkte: Innenstadtentwicklung, Sport und Natur



UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP

Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Fortsetzung von Seite 1 - Ein Hoch auf die Planwirtschaft

Auch andere nicht kapitalistische Länder - Stand 19.01.21 - wie Laos (0 Tote), Eritrea (6 Tote), Vietnam (35 Tote) und Cuba, (170 Tote) haben die Pandemie besser bewältigt als die reiche BRD und die anderen Hochburgen des freien Kapitalismus: wie England, Italien, Frankreich ...

Corona zeigt einmal mehr die Notwendigkeit gesellschaftlicher Planung im Interesse der gesamten Bevölkerung. Dass

das Gesundheitswesen staatlich sein muss und nicht der Profit bestimmen darf, fordert inzwischen sogar der „stern“ in einer von Wissenschaftlern initiierten Petition an den Bundestag.

Gleiches gilt im Prinzip auch für das Bildungswesen, und letztlich für alle anderen Bereiche. „Eigentum verpflichtet“ steht im Grundgesetz und dass es zum Wohl der Allgemeinheit verstaatlicht werden kann. Wären die Produktionsmittel

demnach nicht privat, sondern gesellschaftlich, könnten die herrschenden Missstände, wie Arbeitslosigkeit, Armut, und Wohnungsnot gelöst werden. Dann kämen die Gewinne allen zugute, und diejenigen, die die Werte schaffen, könnten auch über deren Verwendung bestimmen, d. h. in einer sozialistischen Gesellschaft.

Erika Beltz

Besonderen Dank unserer ehemaligen verantwortlichen Redakteurin



Erika Beltz

Unsere Genossin **Erika Beltz** hat rund 50 Jahre lang monatlich - ohne Pause - hart und zuverlässig für die Herausgabe des Gießener Echos, für Frieden und Sozialismus und gegen das Monopolkapital gearbeitet und gekämpft. Sie hat es geschafft, aktuelle und aufklärende fortschrittliche Artikel zu sammeln sowie selbst zu schreiben; ihre analytischen Artikel waren immer der "Pfeffer" in den Echos und brachten den Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Unsere Kleinzeitung beinhaltete eine ausgewogene Mischung aus Kommunalpolitik und dem aktuellem

Weltgeschehen aus Sicht der "kleinen" Leute. Aus diesen Gründen ist das Echo bundesweit bekannt und anerkannt. Nicht zu vergessen: Jeden Monat, Jahr für Jahr wurde das Echo an die Frau und den Mann gebracht. Und das immer mehrere tausend Mal!

Wir freuen uns sehr, dass sie uns mit ihren vortrefflichen Artikeln weiterhin hilft, das hohe Niveau zu halten. Für das neue Redaktionskollektiv ist dies durchaus eine Herausforderung.

Kreisvorstand Gießen und Redaktionskollektiv des GE

Auch die DKP Gießen begrüßt die Forderungen von @zerocovid_de

Dieser Aufruf fordert eine „europaweite solidarische Pause“: Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen und Schulen sollen für mehrere Wochen schließen, um die Anzahl der Infektionen auf Null zu bringen.

Wir fordern ebenso die volle Lohnfortzahlung für alle, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren und eine Freistellung bei einer Lohnfortzahlung in Branchen, die nicht der notwendigsten Ver-

sorgung der Bevölkerung dienen.

Das jetzige System, in dem Profit über Menschenleben steht, eignet sich nicht für eine effektive Pandemiebekämpfung. Es braucht stattdessen eine geplante Wirtschaft, die

sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert. Eine solche Wirtschaft kann dann im Notfall auch "heruntergefahren" werden, um Kontakte in den Betrieben zu minimieren. Es können kostenlose und aus-

reichend verfügbare Corona-Tests sowie Impfstoffe produziert und außerdem ein starkes Gesundheitssystem mit ausreichend Personal aufgestellt werden, ohne dass es dem Profitinteresse der Krankenhauses-Konzerne entgegensteht.

Wir schließen uns also den Forderungen von #ZeroCovid an. Einen wirklich solidarischen Umgang mit der Krise kann es nur im Sozialismus geben!

Martina Lennartz



Entsprechende Petition kann hier unterschrieben werden:

<https://weact.campact.de/petitions/zerocovid-fur-einen-solidarischen-europaischen-shutdown>



Zur Kritik am Home-Office

Viele abhängig Beschäftigte wünschen sich mehr Home-Office, sowohl anteilig als auch für ihre gesamte Tätigkeit. Dieser Wunsch bestand bereits vor der Pandemie, wird aktuell jedoch deutlich verstärkt. Sie versprechen sich davon persönliche Freiheiten sowie eine bessere Verknüpfung von Lohnarbeit mit bspw. Elternschaft. Die Pandemie hat nun einen wahren Schub an Heimarbeit gebracht, der vermutlich nicht wieder umzukehren sein wird.

Was kommt aber damit nun auf die betroffenen Berufstätigen zu? Sie zahlen über ihre Miete oder ihre Darlehen, falls die Wohnräume ihr Eigentum sind, zunächst die Kosten für die Arbeitsräume, darüber hinaus zahlen sie die Heiz- und Instandhaltungskosten der genutzten Räumlichkeiten, sie zahlen den Strom, zumindest teilweise die notwendigen Anschaffungen wie Hardware und entsprechende Installationen, außerdem zahlen sie die Kosten bei der Nutzung der Toiletten, angefangen beim Wassergeld, über Toilettenpapier bis Seife sowie das Kaffee- oder Teewasser. Die

Reinigung der Räume kommt ebenfalls hinzu. Wer spart diese Kosten ein? Natürlich die Kapitalseite, die dadurch insgesamt erhebliche Kostenreduzierungen erzielt.

Die DKP fordert, dass die abhängig Beschäftigten an diesen Einsparungen durch die Verlagerung vieler Arbeitstätigkeiten ins Home-Office entsprechend beteiligt werden müssen, damit sie dadurch die entstehenden Kosten zumindest ausgleichen können. Darüber hinaus fordert die DKP entsprechende Planungen zur Umnutzung von bisher als Büroräume genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken. Leerstand von Büroflächen muss untersagt werden, um die Wohnungsnot in Ballungsgebieten und Städten zu mindern.

Ein zweiter Bereich, der unbedingt bedacht werden muss, sind die Arbeitszeitgesetze. Auch diese Schutzgesetze werden zurzeit durch das Home-Office völlig zerschlagen. Da

werden dienstliche Nachrichten zu allen Tages- und Nachtzeiten versandt und entgegengenommen, eine allumfassende Erreichbarkeit von abhängig Beschäftigten durch die Hintertür erwartet sowie Ruhezeiten, Ruhetage und Urlaubstage abgeschafft. Das öffnet der Ausweitung der Arbeitszeiten auf "rund um die Uhr" Tür und Tor.

Die DKP fordert: Arbeitsfrei muss arbeitsfrei bleiben!

H.R.



Autobahn-Abseil-Aktionen

Die Trasse durch den Danni wurde trotz vielseitigem Protest noch im alten Jahr erzwungen. Die im Kontext des Rodungsprotestes unternommenen Abseil-Aktionen liegen im selben Zeitraum.

Es gab schon vorher solche Aktionen – eine davon mit einem medial gegen die Bewegung instrumentalisiertem, schweren Autounfall am Stauende auf der A3. Dennoch brachten Menschen am 26.10.20 Transparente über gleich drei Autobahnen im Frankfurt/Main-Gebiet an, während sich Kletterer an die Geländer hängten. Polizeilich vorgenommene Vollsperrungen lösten Mega-Staus aus.

Obwohl für vorherige Aktionen juristisch abgesichert wurde, dass es sich nicht um einen

„gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr“ handelte, da der Autobahnstraßenraum, amtlich festgelegt 4,70 m über dem Asphalt endet, waren sich aufgeregte PolitikerInnen, allen voran der

geduldeter Protest wie einige anderen Aktionsformen ist, sondern den Finger genau in die Wunde legt. Die Autobahn – das Heiligtum der deutschen Wirtschaft!

Von den ca. 30 an der Aktion beteiligten Menschen landeten am ersten Abend noch elf in U-Haft. Trotz dieser Repression kam es am 27.11. zu erneuten Abseil-Aktionen auf acht weiteren Autobahnen. Zu diesem Zeitpunkt saßen von diesen elf noch immer fünf in U-Haft, der letzte kam erst am 14.12. frei. Die ersten zwei Wochen saß er, als Linksterrorist eingestuft, mit dem Mörder von W. Lübke im Hochsicherheitstrakt. Das ist politische Justiz in Reinform. Wir beobachten die Entwicklung.

kett/mel/win



hessische Innenminister P. Beuth, nicht zu schade, genau diesen Verdacht den willfähigen Medien in die Mikros zu posaunen. Das zeigt, dass diese Aktionsform eben nicht nur ein von den Eliten

Der inszenierte Staatsstreich

Am 06.01. rief Trump auf der Auftaktkundgebung des „Save America March“ seine Anhänger dazu auf, zum Kapitol zu marschieren. Augenscheinlich konnten sie tatsächlich weitestgehend ungehindert in das Kapitol eindringen. Die Sicherheitskräfte vor Ort öffneten Absperrungen und die Menge drängte sich problemlos an ihnen vorbei. Auch im Gebäude selbst standen die Sicherheitskräfte unbeteiligt neben den Eindringlingen, einer posierte sogar für ein Selfie. Von der Brutalität der US Polizei, die üblicherweise vor allem Schwarze erleiden müssen, war nichts zu sehen. Trump zeigte

ein widersprüchliches Verhalten. Zunächst rief er dazu auf, friedlich zu sein und die Sicherheitskräfte zu unterstützen. Anschließend forderte er ein friedliches Auflösen der Menge, jedoch nicht ohne sein Verständnis für den Ärger über den Wahlausgang zu unterstreichen. Am Ende verbreitete das Weiße Haus die Nachricht, dass jetzt die Nationalgarde eingesetzt werde. Sein Verhalten dürfte es allerdings schwierig machen, ihn juristisch für die Vorgänge zur Verantwortung zu ziehen, denn was da stattfand, war die Inszenierung eines Staatsstreiches. Die Betonung hierbei liegt auf "Inszenierung", denn die Trump-

Gruppe war nie davon ausgegangen, dass sie gelingen würde. Schon allein weil die Militärführung mehrheitlich nicht auf Trumps Seite steht. Die "Inszenierung" richtete sich vielmehr an die eigenen Anhänger, um die Reihen zu schließen. Sie sollte die Opposition einschüchtern, (was auch gelang), war ein Test, wie weit man gehen kann und hat das politische System der USA nachhaltig destabilisiert. Die USA befinden sich in einem politischen und ökonomischen Niedergang. Daher ist es zu befürchten, dass der nächste Putschversuch kommen wird.

Henning Mächerle

Warum wir bereits im Kapitalismus für die Befreiung der Frau kämpfen müssen

Frauen haben in unserer Gesellschaft in fast allen Bereichen die gleichen formalen Rechte wie Männer. Also ist doch alles gut, oder? Nein, denn Frauen sind im Kapitalismus trotzdem und gleich in zweifacher Hinsicht unterdrückt: Zum einen durch ihre besondere Position auf dem Arbeitsmarkt und zum anderen durch ihre Rolle als Mutter und Hausfrau. Reproduktionsarbeit wird in der Regel nicht entlohnt und nach wie vor überwiegend von Frauen erledigt. So arbeiten besonders Frauen nach dem Feierabend häufig weiter: Putzen Waschen, Kochen und ggf. auch die Kinderbetreuung



fallen meist zusätzlich in ihre Verantwortung.

Während ein Mann in Deutschland durchschnittlich 0,8 Stunden pro Tag mit der Hausarbeit verbringt, sind es bei Frauen satte 2,3. Diese Spannung zwischen der Lohn- und Reproduktionsarbeit führt zu einer Doppelbelastung der Frauen.

Nicht nur sexistische Rollenbilder halten dieses Verhältnis stabil, sondern auch ökonomische Tatsachen. Rund 75% der weiblichen Auszubildenden konzentrieren sich auf knapp 20 Berufe, die sich überwiegend im Pflege- und Dienstleistungssektor befinden! Jedoch ist die Entlohnung in diesem Bereich schlecht.

Wenn ein Paar vor der Entscheidung steht, wer halbtags für die Kinderbetreuung zu Hause bleibt, wird die Entscheidung oft auf die weniger verdienende, also die Frau fallen.

Natürlich ist es auch

im Kapitalismus wichtig, für Verbesserungen im Alltag zu kämpfen, allerdings dürfen wir uns niemals der Illusion hingeben, dass eine tatsächliche Gleichheit von Mann und Frau im Kapitalismus erreichbar wäre. Vertrösten wir jetzt daher alle die, die auf eine Gleichberechtigung pochen auf den Sozialismus? - Nein! Denn zum einen haben Frauen als Lohnarbeiter:innen ein eigenes Interesse an der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und zum anderen ist ein revolutionärer Prozess, hin zu einer sozialistischen Gesellschaft, ohne Beteiligung der Frauen undenkbar.

Ohne Befreiung der Frau, kein Sozialismus. Ohne Sozialismus, keine Befreiung der Frau!

Wir weisen auf den **Frauenkampftag am 08.03.21** hin, an dem die SDAJ zusammen mit allen, die sich für die Befreiung der Frau und gegen den Kapitalismus stark machen wollen, auf die Straße geht.

Jonas und Laura von der SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Ja, wir sind mit dem Radl da! Fast 1.100 Unterschriften für Fahrradstraßen in Gießen

Albert Einstein fiel die Relativitätstheorie beim Radfahren ein. Zwar müssen nicht jedem der 37.000 Studierenden und 17.000 SchülerInnen in Gießen ähnliche geistige Höhenflüge gelingen, doch war Gießen immer schon prädestiniert für ein umfangreiches Radwegenetz. Die jüngste Stadt Hessens mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren ist übersichtlich und durch die wenigen Hügel gut zum Radfahren geeignet.

Die bürgerliche Stadtpolitik hat das bisher allerdings wenig ge-



kümmert. Besonders die CDU setzte immer auf den Vorrang des Autoverkehrs, profitiert doch diese Partei von den zahllosen "Spenden" der Automobilindustrie und verteilt munter Lobbyisten-Hausausweise im Bundestag an BMW und Co.. 1982 scheiterte die CDU in Gießen jedoch mit dem Bau einer Tiefgarage unter dem Brandplatz am Widerstand der Gießener. Bis heute träumt sie gemeinsam mit BIDs (siehe Kasten) von diesem klimaschädlichen Vorhaben.

Jahrzehntelang warteten die RadfahrerInnen in Gießen vergeblich auf eine sichere Verkehrsführung durch die Stadt. Bei der bundesweiten Fahrrad-Klima-Umfrage des ADFC 2018 schnitt Gießen bei den Punkten "Stellenwert des Radverkehrs" und "Sicherheitsgefühl beim Radfahren" mit den Noten 4,3 und 4,4 (von 6) erbärmlich ab.

Jetzt kommt Bewegung in die eingefahrenen Bahnen. 1091 Gießener unterzeichneten bis heute den Bürgerantrag "Fahrradstraßen auf dem inneren Anlagenring sowie zwei Fahrradstraßen-Achsen durch die Innenstadt", gerichtet an den Magistrat. Jetzt muss sich das Stadtparlament mit dem Antrag

befassen, der ein kleiner, konkreter Einstieg in die beschlossene CO₂-Reduktion in Gießen bis 2035 sein könnte.

Allerdings reicht das nicht. Es muss ein Gesamt-Verkehrskonzept her mit *Park and Ride* und kostenlosen Busfahrten in der Stadt.

Fazit aus "Gießener Echo", Januar 1987:

"Keine verstopften Straßen, bessere Luft, Energieeinsparung, kurz: Mehr echte Lebensqualität wäre die Folge. Und bezahlen kann man das spielend mit einem Teil der Rüstungskosten."

So isses!

M. Berger

BID (Business Improvement District)

Zusammenschluss von Geschäften und Hausbesitzern in einem eingegrenzten Bereich der Gießener Innenstadt. BIDs bedienen Geschäftsinteressen unter dem Vorwand der Innenstadtentwicklung. Die Interessen der Mieter in der Innenstadt bleiben außen vor.

Tarifflicht auf Raten

Kollektiv erkämpfte Mindeststandards von Arbeitsbedingungen waren der Kapitalseite seit jeher ein Dorn im Auge. Daher überraschen die jüngsten Forderungen von „Arbeitgeber“-Präsident Rainer Dulger nach weiteren Öffnungsklauseln in Tarifverträgen nicht wirklich. Denn das, was er am 07.01. gegenüber dpa als „zusätzliche Handlungsspielräume für Flexibilisierung und Modernisierung des Tarifrechts“ beschreibt, ist nichts anderes als organisierte Tarifflicht auf Raten. So schlägt der oberste Unternehmensvertreter u. a. vor, dass Unternehmen durch mehr Öffnungsklauseln in Tarifverträgen nur den Entgeltrahmen übernehmen, ohne gleichzeitig auch Regelungen zur Arbeitszeit umsetzen zu müssen.

„Wer geht denn heute noch in die Tarifbindung, wenn man sich an viel zu starre, teure Tarifwerke binden muss?“, bringt Dulger die Interessenslage seiner Klasse auf den Punkt. Dieser Logik folgend wird Tarifflicht von der Kapitalseite immer häufiger als ein äußerst wirksames Instrument der Profitmaximierung praktiziert.

Für die Lohnabhängigen hingegen bedeutet die Aufkündigung von Tarifverträgen, dass regelmäßige Lohnerhöhungen, Urlaubsansprüche, Weihnachts- und Urlaubsgelder oder Mitbestimmungsrechte zur Disposition gestellt werden. Um der zunehmenden Tarifflicht entgegenzuwirken, haben Gewerkschaften eine Reihe von Handlungsoptionen vorgeschlagen. Sie reichen

von der Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördergelder ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen, über die Vereinfachung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, bis hin zu besseren Regelungen zu Nachbindung und Wirkung von Tarifverträgen.

Leider zeichnet sich diese Politik hier nicht durch engagiertes Handeln, sondern durch eine Mischung von Ignoranz, Unwissenheit über Handlungsoptionen und grobe handwerkliche Fehler bei der Umsetzung entsprechender Gesetze aus. Der beste Schutz vor Tarifflicht bleiben gut organisierte und im Verbund mit ihrer Gewerkschaft arbeitskampffähige Belegschaften.

Ulf Immelt

Wohnbau: Mieter bezahlen Investitionen

In fast allen Städten steigen unaufhörlich die Mieten, wobei auch die kommunale Gießener Wohnbau mit an der Schraube dreht. Vielen Mietern wurde kürzlich eine Mieterhöhung mitgeteilt, sodass z.B. in der Weststadt einige bis zu 10% mehr zahlen sollen. Der Vorstand begründet dies damit, dass im letzten Jahr aufgrund der Coronakrise Mieterhöhungen und Modernisierungsumlagen ausgesetzt worden seien. Versprochen wird, dass es bei individuellen Notlagen immer Lösungen gebe. Aber darum muss der Betroffene betteln und das bei Wohnbaumitarbeitern, mit denen er nicht nur gute Erfahrungen gemacht hat.

Auf die Wohnbau warten angeblich große Aufgaben, wie bspw. Neubauten und Modernisierungen, und die wichtigste Finanzquelle seien nun einmal die Mieten. In den jahrelang gezahlten Beträgen



sind jedoch bereits Verzinsungen, Abschreibung und Renovierungskosten eingerechnet. Aus den Mietüberschüssen konnte die Wohnbau regelmäßig Rücklagen in Millionenhöhe bilden und weitere Millionen an die Stadtkasse abführen. Investitionen sind also längst bezahlt!

Bei den derzeit niedrigen Zinsen sollte die Finanzierung von Neubauten und energetischer Sanierungen folglich kein Problem sowie Tilgungen und Zinsen mit den zu erwartenden Mieteinnahmen locker zu bezahlen seien.

Kommunale Betriebe wie die Wohnbau wurden ursprünglich gegründet, um die Bewohner der Stadt günstig und ohne Profitinteressen mit ihren Dienstleistungen zu versorgen. Heute widersprechen die Gewinne und Abführungen an die Stadtkasse dieser Zielsetzung.

Gernot Linhart

Kliniken: Profit geht vor

Stell dir vor, es grassiert eine Pandemie und deine ortsnahe Klinik wird geschlossen. Für zehntausende Menschen in Deutschland ist das bittere Realität. Während wegen drohender Überlastung des Gesundheitswesens die Corona-Beschränkungen für Bürger, Soloselbstständige und Teile der Wirtschaft immer belastender werden, nimmt die Zahl der Krankenhäuser kontinuierlich ab. In fast allen Bundesländern werden Kliniken geschlossen, allein in Essen bereits zwei. Nicht, weil sie schlecht arbeiten oder die Patienten unzufrieden sind, sondern lediglich deshalb weil sie sich für die Betreiber „nicht rechnen“. Auch in Mittelhessen trifft es eine Klinik. Die Agaplesion Pneumologische Klinik Waldhof Elgershausen wird Ende Februar geschlossen, die Stationen werden in das Evangelische Krankenhaus Gießen verlegt. So verlieren die Kranken die wohnortnahe Versorgung und die

Beschäftigten ihren Arbeitsplatz. So manche der dringend gebrauchten erfahrenen Pflegekräfte geht dadurch für den Beruf verloren, weil die nächste freie Stelle zu weit weg ist und es andere Alternativen gibt.

Neben den Schließungen gehen auch die Privatisierungen weiter: Nicht nur ganze Kliniken, sondern auch Teilbereiche, wie Klinikapotheken, werden an private Investoren abgegeben, obwohl sich die interne Medikamentenversorgung bestens bewährt hatte. Für die Übergabe der gesellschaftlichen Aufgabe „Gesundheitsvorsorge“ an Private gibt es keine sachlichen Gründe, es ist reine neoliberale Ideologie. Profitorientierte Einrichtungen werden mit millionenschweren Zuschüssen vom Staat dazu gebracht, in der Pandemie ihre Aufgabe zu erfüllen.

Krankenhäuser erhalten, Krankenversorgung zurück in öffentliche Verantwortung – dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Gernot Linhart

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, erreichen Sie uns hier im Internet:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Überweisung an:

DKP Gießen

Sparkasse Gießen, IBAN: **DE72 5135 0025 0200 5491 46**

Es grüßt mit herzlichem Dank das Redaktionskollektiv

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC SKGIDE5F.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Druck: Gründrucken Gießen
Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an:

Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen,

Neue E-Mail: giessen@dkp.de

Im Internet: www.giessen.dkp.de

**Gesundheit stärken
statt Grundrechte
schwächen**

DKP
DIE KLINIK DER POLITIK

Termine

30.01.2021 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen, Am Kugelbrunnen

04.02.2021 um 18:00 Uhr:
Gruppenabend der DKP Gießen, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

13.02.2021 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen, Am Kugelbrunnen

Fahrraddemo



- > 30.01.2021, 13 Uhr ab Pfarrgarten/ Haupteingang Neustädter
- > 04.02.2021, Critical Mass, 19 Uhr ab Uni-Hauptgebäude
- > 16.02.2021, 18 Uhr ab Kirchenplatz



Mehr Infos auf: giessen-autofrei.siehe.website
Instagram: [@verkehrswende_giessen](https://www.instagram.com/verkehrswende_giessen)
Facebook: Verkehrswende in und um Giessen

FRAUENKAMPFTAG

IBASTA!
BEFREIUNG ERKÄMPFEN



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern
Protest gegen Hartz IV

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 24. Feb.

Das Echo-Rätsel

1. Politischer Vordenker
2. Politische Kleinzeitung in Gießen
3. Seltester umgangssprachlich
4. Politisch Organisierter
5. Weltanschauung
6. Vorherrschaft
7. Bekamen "Systemrelevante" statt gerechtem Lohn
8. Mussten sich UKGM-Mitarbeiter erst erkämpfen
9. Oft um Mindestlohn geprellt
10. Machen Kapitalismus und Corona
11. Das Echo regelmäßig beziehen
12. Dabei DKP ankreuzen
13. Müsste Gemeinden genügend Mittel zur Verfügung stellen

Lösungswort an giessen@dkp.de

Matratze des Monats



Gefunden: streetart Gießen, Anonyme/r Künstler/in

Künftig wollen wir im Monatsrhythmus eins der Werke unter dem Titel **"Matratze des Monats"** präsentieren.

Time to organize - Zeit sich zu organisieren

Danke für die Zusendung!

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **20 Jahren** informierte ein Extra-Echo, dass die DKP Gießen eine Strafanzeige gegen den Bundeswehroberst H. Schopf gestellt hat. Der Militarist hatte beim Neujahrsempfang in der Bergkaserne die Bereitschaft gefordert, andere Länder anzugreifen – auch ohne Beschluss der Vereinten Nationen. Das ist ein Verstoß gegen §80a des StGB, in dem die Anstachelung zu Angriffskriegen unter Strafe gestellt wird. Wie viele andere Klagen wegen dieses Paragraphen wurde die Anzeige abgewiesen.

Vor **25 Jahren** berichteten Augenzeugen von Polizeigewalt gegen die Liebknecht-Luxemburg-Demo in Berlin. Damals hatte die Polizei zunächst Kurden wegen angeblicher PKK-Symbole angegriffen. Später begannen Zivilisten, die gleichzeitig mit Polizeikolonnen angekommen waren,

mit Steinen zu werfen. Damit gaben sie ihren uniformierten Kollegen einen Grund zu Prügelorgien.

Vor **30 Jahren** waren Proteste gegen Berufsverbote für die Postler Axel Brück und Egon Momberger sowie den Lehrer Mario Berger ein Thema. Besonders hervorgehoben wurde die internationale Solidarität mit den Betroffenen.

Vor **50 Jahren** wurde der neu gegründeten Schülerbasisgruppe an der Herderschule der Verkauf von marxistischer Literatur an einem Büchertisch verboten. Der damalige Rektor Plass (SPD) berief sich auf einen Erlass der SPD-Landesregierung. Viele Mitschüler waren empört und kauften den Basisgruppeln die damals sehr begehrten Bücher privat ab.

Gernot Linhart